

An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
Herrn Franz-Rudolf Urhahn
- Hauptamt –
Rathaus Mörfelden
Westendstr. 8
64546 Mörfelden-Walldorf

Mörfelden-Walldorf, 30. Mai 2022

Betreff: Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER: Maßnahmen zur Entlastung der Warteliste bei der Kinderbetreuung

Bezug: Drucksache 17/0239: Betreuungssituation in Mörfelden-Walldorf

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- „1. Das Personal der Abteilung „40.1 Kinderförderung“ wird zur Entlastung um eine Stelle einer Verwaltungskraft aufgestockt. Diese Stelle wird schnellstmöglich ausgeschrieben und besetzt.
2. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob in zwei der derzeit vier Randzeiten-KiTas dieses Angebot zu Gunsten einer Verstärkung des Personals in den Kernzeiten entfallen kann.
3. Der Magistrat wird beauftragt zu berichten, wie viele Kinder aktuell aufgenommen werden könnten, wenn alle offenen Erzieher*innen-Stellen besetzt wären und dies mit der (potentiellen) Warteliste bis zum Sommer 2023 abzugleichen. Damit kann dargestellt werden, ob und wie viele KiTa-Plätze auch räumlich nicht zur Verfügung stehen.
4. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob unter Bereitstellung städtischer Räumlichkeiten (e.g. Stadthalle/Bürgerhaus) oder in Kooperation mit Sportvereinen (e.g. TGS, SKG, RW Walldorf) kurzfristig in Zusammenarbeit mit freien Trägern deren U3-Kinder in Ü3-Gruppen weiterbetreut werden können um die Betreuungslücke bei deren Eltern zu schließen.
5. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob zum Verkauf stehende Liegenschaften im nahen räumlichen Umfeld zum Verein Villakinder angemietet und ggfs. gekauft werden können, um diese umzugestalten und damit die Kapazitäten in der Kinderbetreuung auszuweiten.
6. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob Erzieher*innen und Leitungen durch den zusätzlichen Einsatz von „Nicht-Fachkräften“ in der täglichen Arbeit entlastet werden können.
7. U3-Kinder freier Träger müssen analog zu Kindern städtischer Einrichtungen keine erneute Aufnahme mehr durchlaufen und werden lückenlos weiterbetreut. Dies gilt ebenso für Kinder, die außerhalb der Stadt betreut werden.“

Begründung:

Die aktuelle Situation ist dramatisch – viele Familien stehen vor massiven existenziellen Problemen. Dies erfordert schnelle und unbürokratische Maßnahmen um möglichst viele Kinder mit Rechtsanspruch in angemessene und bedarfsgerechte Betreuung zu bringen.



Stephan Middelberg
Fraktionsvorsitzender FREIE WÄHLER